
**ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD
14. Februar 2004
RuhrCongress Bochum**

Beschluss D 1*

NRW geht voran - Durch aktive und starke Verbraucherpolitik modernisieren wir mit den Menschen unser Land

1. Umbruch ist Aufbruch - gemeinsam zum Ziel

Notwendige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft stellen die Menschen vor neue Anforderungen. Eine Zeit des Umbruchs kann auch Unmut und Unsicherheit entstehen lassen. Das bringt nichts weiter. Wir setzen auf Zuversicht und Zupacken. Nicht mit schönen Worten, sondern **mit einem Konzept, das**

- unsere Bürgerinnen und Bürger fordert,
- sie aber auch umfassend fördert,
- ihre Rechte stärkt,
- ihre Interessen schützt,
- ihr Vertrauen findet und
- ihre Kräfte freisetzt für wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung.

Sozialdemokraten haben seit mehr als 100 Jahren der wirtschaftlichen Entwicklung ein menschliches Gesicht gegeben, Arbeitnehmerrechte erkämpft, Mitbestimmung durchgesetzt und sozialen Ausgleich verwirklicht. Sozialdemokraten werden auch unter den Anforderungen der Globalisierung alles daran setzen, die wirtschaftliche Entwicklung nach den Bedürfnissen der Menschen zu gestalten.

Worum geht es?

- „Der Zweck jedweder Produktion ist die Konsumtion“ sagte Adam Smith im Jahr 1776.
- „Der Kunde steht im Mittelpunkt“ sagen moderne Unternehmen schon seit einiger Zeit.
- „Wir müssen Lebensmittelsicherheit und Verbraucherschutz gleichsam von der Ladentheke, also von dem her definieren, was die Verbraucher wirklich wollen“ sagt Gerhard Schröder jetzt.

Es ist also angesagt, die Verbraucher als marktwirtschaftliches Fundament, ihr Potenzial für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum neu in den Blick zu nehmen.

Mit der Agenda 2010 werden erste Schritte für eine Neuausrichtung unserer Volkswirtschaft unternommen, viele weitere werden noch folgen. Für diese nicht immer leichten Veränderungen wollen wir das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Sie sollen wissen, dass alle Maßnahmen **ihrer** Zukunft dienen, sie sollen mitgestalten und mit ihrer wirtschaftlichen Kraft den Erfolg herbeiführen.

2. Unsere Ziele

* vorbehaltlich der Genehmigung durch das Präsidium

2.1 Eine modernisierte Wirtschaft leistet mehr für die Menschen.

Die Welt wird mehr und mehr zu einem einzigen Markt für Güter und Dienstleistungen. Damit unsere Unternehmen mit unseren Arbeitsplätzen sich hier behaupten und entwickeln können, müssen sie leistungsfähig, fähig zum Wettbewerb sein.

Daher unterstützen wir die Unternehmen durch einen Abbau steuerlicher Benachteiligungen, durch Abbau unnötiger staatlicher Auflagen, durch Flexibilisierung von Rahmenbedingungen und gezielte Förderung.

2.2 Zu einer leistungsfähigen Wirtschaft gehören befähigte Mitarbeiter/innen und Kunden

Die umfassende Bildung unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist ein entscheidender Schlüsselfaktor. Der Landesparteitag am 14. Juni 2003 hat Weichen dafür neu gestellt: Harald Schartau: „Wir sind die Partei, die das Wort vom lebensbegleitenden Lernen, das Wort der Wissensgesellschaft; in der wir uns befinden, operationalisiert ...“.

Gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestalten wettbewerbsfähige Produkte. Der Wettbewerb kann seinerseits nur mit gut ausgebildeten und informierten Nachfragern funktionieren: Nachfrager, die gute von schlechten Produkten, günstige von ungünstigen Angeboten unterscheiden können.

Wir werden daher die Bildung, Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher fördern und entscheidend voranbringen. In der Bildungspolitik werden wir die Voraussetzungen für eine stärkere Implementierung von Verbraucherbildung in die Angebote der Bildungseinrichtungen schaffen. Dies gilt für alle Bildungsinstanzen von Kindergärten über Schulen bis hin zu Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Mit Kompetenz und Eigenverantwortung handelnde Nachfrager sind das Gegenstück zu einem leistungsfähigen Angebot. Beide bedingen einander und sichern nur gemeinsam den nationalen wie internationalen Erfolg aller wirtschaftlichen Tätigkeit.

2.3 Eine moderne Gesellschaft ist nur stabil in sozialer Gerechtigkeit

Wir alle wissen: Märkte können vieles regeln, sie sorgen aber nicht für soziale Gerechtigkeit. Wir werden daher auch bei der Neugestaltung von volkswirtschaftlichen Abläufen den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher mit Priorität verfolgen: Sichere Produkte, faire und transparente Vertragsbedingungen, leichter Zugang zum Recht und Wiedergutmachung erlittener Schäden sind Eckpunkte unserer Politik.

Ein leistungsfähiges Angebot und gut informierte Nachfrager helfen bereits gegen eine Übervorteilung von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Für diejenigen, die dennoch in Probleme wie Überschuldung geraten, wollen wir mit einer ausgebauten Schuldenberatung und einem flankierenden Insolvenzrecht die nötige Hilfe bereitstellen. Unsere Politik fordert das Zupacken, sie fördert die Handlungsfähigkeit und lässt niemanden im Stich.

3. Handlungsfelder bürgerorientierter Politik vom Verbraucherschutz zur Verbraucherpolitik

Verbraucher erwarten von bürgerorientierter Modernisierung nicht nur die klare Benennung der Ziele und der Wege zu ihrer Umsetzung. Wenn es um die Alltagsprobleme der Menschen geht, die mit Maßnahmen der Verbraucherpolitik angegangen werden sollen, dann besteht eine Erwartung der Bürgerinnen und Bürger: Sie möchten wissen, in welchen konkreten Handlungsfeldern die Landespolitik in absehbarer Zeit Schwerpunkte setzen wird und wie Lösungsansätze in ihren Grundstrukturen aussehen.

Unser Konzept integriert dabei zwei neue Perspektiven:

- Der bürgerorientierte Ansatz ist politikfeldübergreifend angelegt. Konkrete Handlungsfelder der Verbraucherpolitik fallen in nahezu allen Ressorts an. Eine Stärkung der Verbraucherpolitik wird erreicht, wenn eine verbraucherpolitische Perspektive in möglichst vielen Ressorts zu einem selbständigen Kriterium politischen und administrativen Handelns wird.
- Es geht nicht mehr nur um Verbraucherschutz, sondern um aktive Verbraucherpolitik als Ausdruck einer neuen Rolle der Bürger als Nachfrager in dynamischen Wirtschaftsprozessen. Wenn die Lenkungsfunction des Staates in wichtigen Feldern (z. B. Energieversorgung, Telekommunikation, Gesundheit und Pflege) zunehmend zurückgenommen wird, dann erhalten die Verbraucher als Träger der Nachfrage eine neue Funktion neben den nach wie vor vorhandenen Anbietern für das Funktionieren der neu entstehenden Märkte.

Wir wollen dafür sorgen, dass die neue Funktion der Nachfrager nicht nur durch die Anbieter bestimmt wird - das wäre Machtwirtschaft statt Marktwirtschaft. Sozialdemokratische Verbraucherpolitik will durch rahmensetzende rechtliche Regelungen, durch Bildung, Information und Beratung der Verbraucher eine starke Nachfrageseite neben starke Anbieter für dynamische Märkte setzen. Wir sichern eine erfolgreiche nachhaltige Wirtschaftsentwicklung im Land und sprechen alle Bürgerinnen und Bürger für eine bewusste Übernahme ihrer neuen Rolle auch gezielt mit Themen an, die ihr Interesse treffen.

Wesentliche Handlungsfelder sollen deshalb im Folgenden exemplarisch in ihrer Zukunftsdimension skizziert werden.

3.1 Modernes NRW

3.1.1 Versorgung

Die Versorgung der Bürger mit leitungsgebundener Energie (Strom, Gas, Fernwärme), Wasser, Nah- und Regionalverkehrsangeboten und Telekommunikation bleibt auch zukünftig Aufgabe öffentlicher Dienstleistungen. Auch wenn mit der europaweiten Liberalisierung und Wettbewerbsorientierung von Infrastrukturdiensten die Durchführung dieser Aufgaben partiell auf neue Akteure übergeht: Land und Kommunen haben die Aufgabe, den Zugang für alle Bürger zu sichern, Umfang und Qualität des Angebots zu definieren und festzulegen; die Aufgabenerfüllung zu überprüfen und Anreize zur Weiterentwicklung der Qualität zu geben. Die Energieversorgung soll auch zukünftig sicher, die hohe Qualität des Trinkwassers aus lokalen und regionalen Quellen erhalten und das Angebot an öffentlichem Nahverkehr attraktiv sein.

3.1.2 Verkehr

Die Qualität des Nah- und Regionalverkehrs bemisst sich nicht nur danach, wie häufig Busse und Bahnen fahren und wie attraktiv und sicher die Fahrt ist. Fahrgäste erwarten eine eindeutige Kundenorientierung, z.B. zeitgemäße Fahrgastrechte. Dazu gehört auch der Anspruch auf Pünktlichkeit und Anschlussicherheit. Für diesen Anspruch wird sich die SPD NRW einsetzen. Die Schlichtungsstelle Nahverkehr bei der Verbraucher-Zentrale NRW spürt im Auftrag des Verkehrsministers Qualitätsdefizite beim Nah- und Regionalverkehr auf und verhilft Fahrgastrechten zum Durchbruch. Künftig sollen aus den Verbraucherbeschwerden Kenngrößen ermittelt werden, mit deren Hilfe Landesmittel zielgenau auch zur Qualitätsverbesserung des Angebots eingesetzt werden können.

3.1.3 Digitales NRW, Telekommunikation

Während im Bereich der Telekommunikation die Digitalisierung nahezu abgeschlossen ist, erfolgt die Verbreitung von Rundfunk noch überwiegend analog. Damit sind jedoch die verfügbaren Ressourcen nicht optimal genutzt. Durch den Übergang auf digitalen Rundfunk ist es möglich, bei gleicher Übertragungskapazität mehr Programme zu übertragen und zusätzlich neue Dienste zu etablieren. Wir setzen auf die schnelle Digitalisierung aller Verbreitungswege. Mit der Umstellung auf das digitale terrestrische Fernsehen (DVB-T) ab 2004 in NRW setzen wir ein bundesweit entscheidendes Signal für diese nutzerfreundliche Übertragungstechnik. Kabel, Satellit und DVB-T beinhalten spezifische Potenziale, die es in der gesamten Bandbreite zu nutzen gilt. Die Umstellung von analog auf digital muss diskriminierungsfrei und mit einem für die Nutzer erkennbaren Mehrwert erfolgen, um sie sozialverträglich zu gestalten.

3.1.4 Altbausanierung

Im Altbaubestand schlummert ein gewaltiges Energiespar-Potenzial, das durch rechtliche Rahmensetzung und abstrakte Förderprogramme nur unzureichend erschlossen werden kann. Notwendig ist es, die Eigentümer bei anstehenden Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten möglichst konkret und individuell zu erreichen, die dann auch bereit sind, die relativ geringen Zusatzinvestitionen für eine nachhaltig wirkende energetische Sanierung zu übernehmen. Förderprogramme sind ein bewährtes und wichtiges Instrument auch in der Zukunft. Eine anbieterunabhängige, professionelle und akzeptierte Energieberatung führt zu hohen Umsetzungsquoten und erheblichen Zusatzinvestitionen und kann damit teilweise auch Fördermittel ersetzen. Wenn Hauseigentümer motiviert werden können, Energiespar-Investitionen vorzunehmen, schützen sie damit nicht nur das Klima, sondern sichern auch Beschäftigung im örtlichen Handwerk und Handel. Die nutzungsorientierte und energetische Sanierung im Gebäudebestand, insbesondere im Innenstadtbereich, ist ein wichtiges Instrument, um die Wohnqualität in den Beständen zu erhalten und damit zusätzlichem Flächenverbrauch (Flächenversiegelung) sowie zusätzlichem (meist motorisiertem Individual-) Verkehr durch den Neubau sich immer weiter ausdehnender Vorstädte zu begegnen.

3.2 Transparenz und Qualität

3.2.1 Gesundheit

Eigenverantwortung und Selbstbestimmung des Einzelnen sollen künftig im Gesundheitssystem gestärkt werden. Mehr Markt tritt an die Stelle vollständiger Kassenversorgung. Gesundheit wird damit partiell zu einem Feld eigener Verantwortung. Ob es um Zuzahlungen, Patientenrechte, besondere Kassenleistungen oder die Entscheidung für privat abgerechnete IGEL-Leistungen der Ärzte geht: Patienten, Versi-

cherte und Verbraucher benötigen einen niederschweligen Zugang zu anbieter- und trägerunabhängigen Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangeboten als Wegweiser im Gesundheitssektor. Eine Sozialreform mit mehr Markt ohne den im Markt notwendigen Verbraucherschutzstandard wird Akzeptanzprobleme haben und unter Effizienzmängeln leiden. Verbraucherschutzorganisationen haben aufgrund ihrer hohen Akzeptanz bei Bürgern die beste Möglichkeit, diese Vermittlungsaufgaben wahrzunehmen. Im Gesundheitssystem bereits verfügbare Qualitätsdaten (z.B. Erfahrungen der Ärzte eines Krankenhauses mit bestimmten Operationen) sollen künftig unabhängigen Beratungs- und Unterstützungsträgern zugänglich gemacht werden, damit diese den Ratsuchenden faktenbasierte und situationsgerechte Empfehlungen geben können. Damit wird insgesamt ein Beitrag zu mehr Transparenz und Qualitätswettbewerb im Gesundheitswesen geleistet.

3.2.2 Landwirtschaft

Landwirtschaft kommt nicht nur die Aufgabe zu, sichere Lebensmittel und deren Rohstoffe zu liefern, sondern auch die Kulturlandschaft zu pflegen, Tiere und Umwelt zu schonen, Artenvielfalt zu erhalten, biotische Rohstoffe und Energie bereitzustellen. Diese gesellschaftlich gewünschten Funktionen sollte die Landwirtschaft erfüllen. Solange aber unterschiedliche Produkt- und Prozessqualitäten den Verbrauchern beim Einkauf nicht verlässlich und transparent nahe gebracht werden, orientieren sich Verbraucher vor allem am Preis. Da Land- und Ernährungswirtschaft in einem immer härteren Wettbewerb stehen, droht ein Verlust an Qualität und an Zusatzleistungen. Diesen Trend umzukehren und Verbrauchern die Qualität und den Genuss hochwertiger Lebensmittel wieder nahe zu bringen, ist eine Zukunftsaufgabe sozialdemokratischer Landwirtschaftspolitik in NRW. Wo sich Produkt- und Prozessqualität verbinden, werden Verbraucher motiviert, die zusätzlichen Nutzen aus der Landwirtschaft durch angemessene Preise für Lebensmittel zu honorieren. Solange dies nicht ausreichend gewährleistet ist, hat die Politik die Aufgabe, die Landwirtschaft durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen und deren Vollzug zu unterstützen.

3.2.3 Ernährung

Zur Förderung eines verantwortungsvollen und nachhaltigen Konsums ist es Ziel sozialdemokratischer Verbraucherpolitik, die Produkt- und Prozessqualität in Land- und Ernährungswirtschaft bis hin zur Ladentheke transparenter zu machen. Über alle Stufen der Lebensmittelherstellung und deren Vorstufen – insbesondere der Futtermittelwirtschaft - müssen Produktsicherheit, Rückstandsvermeidung und Prozessqualität ebenso wie Tierschutz und Ressourcenschonung gewährleistet werden. Deshalb streben wir an, die Strukturen und die Effizienz der Veterinär- und Lebensmittelkontrollen den stetig steigenden Anforderungen anzupassen. Klar formulierte Verbraucherrechte beim Lebensmitteleinkauf müssen das komplexe und für den Bürger kaum nachvollziehbare Lebensmittelrecht ergänzen.

Sich gesund zu ernähren, hängt weniger von der Produktqualität ab, als vielmehr von der individuellen Ernährungsweise. Zwar sind zunehmend Menschen von Allergien betroffen, die auch von Nahrungsmittelinhaltsstoffen ausgelöst werden. Weitaus problematischer ist aber die Fehlernährung großer Teile der Bevölkerung. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen hat in den letzten Jahren Übergewicht durch falsche Ernährung – gepaart mit Bewegungsmangel – dramatisch zugenommen. Die damit einhergehenden Erkrankungen stellen eine enorme volkswirtschaftliche Belastung dar. Unser Ziel ist daher, unsere bisherigen Aktivitäten zur Bildung und Information über die Zusammenhänge von Ernährung, Bewegung und Gesundheit weiter auszubauen. Chan-

cen bietet hier aktuell die Verknüpfung von Bildung und Verpflegung beim Ausbau der Ganztagschulen.

3.2.4 Produkttransparenz

Verbraucher müssen wissen können, was „drin“ ist, wie Produkte erstellt und Dienstleistungen erbracht werden und welche Folgen der Konsum nach „ex und hopp„ hat. Nur dann haben sie eine Chance, sich nachhaltig zu verhalten. Höhere Preise für höhere Qualitäten lassen sich im Markt nur durchsetzen, wenn diese Qualitäten sichtbar gemacht werden, z.B. durch glaubwürdige Label von anbieterunabhängigen Organisationen.

Die Wirtschaft in NRW wird im globalen Wettbewerb bestehen, wenn wir uns durch innovative Produkte in herausragender Qualität auszeichnen. Daher ist es notwendig, dass Unternehmen Produktinhalte und Produktionsbedingungen offen legen, damit Verbraucher und ihre Organisationen die notwendige Qualitätstransparenz erhalten, ohne dass Konkurrenten daraus einen Vorteil ziehen können sollen. Ebenso notwendig ist es, dass Behörden ihnen vorliegende Informationen nicht nur zur Gefahrenabwehr, sondern auch dann verbreiten können, wenn Verstöße gegen verbraucherschützende Normen und marktrelevante Sachverhalte vorliegen.

3.3 Soziales

3.3.1 Altersversorgung

Das Beispiel der Riester-Rente zeigt, dass weder gute und richtige politische Absichten noch Markt und Wettbewerb von allein zur Problemlösung beitragen. Komplexe Vorschriften, intransparente Angebote und insbesondere in der Anfangszeit unlautere Werbung haben erheblich zur Verunsicherung der Bürger beigetragen. Ohne individuelle Beratung und Hilfe durch vertrauenswürdige und akzeptierte Vermittlungsinstanzen wird der Anteil privater Vorsorgeverträge noch auf lange Zeit hinter den politischen Erwartungen zurückbleiben. Eine Anschubfinanzierung dieser Beratungsaufgabe steigert nicht nur die Qualität der abgeschlossenen Verträge, sondern ist unverzichtbar, wenn nicht gerade die besonders auf private Altersvorsorge angewiesenen Bevölkerungskreise am Ende unversorgt dastehen sollen.

3.3.2 Schutz vor Insolvenz

Ein kreditfinanzierter Konsum fordert gerade in wirtschaftlich schweren Zeiten zusätzliche Opfer. Arbeitslosigkeit, Wegfall von Überstunden etc. bringen in wirtschaftlich guten Zeiten abgeschlossene Kreditverträge ins Wanken. Die Anzahl der überschuldeten Haushalte nimmt auch in NRW zu. Sollen diese Familien nicht dauerhaft ins wirtschaftliche Abseits oder in die Schwarzarbeit gedrängt werden, bedarf es erfolgreicher Schulden- und Insolvenzberatung, insbesondere aber auch verstärkter Präventionsarbeit.

3.3.3 Pflege und Wohnungsanpassung

Der Schutz von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen muss gestärkt werden, damit Pflegebedürftige ihre Rechte auf klare, eindeutige und faire Vertragsbedingungen, auf Preistransparenz und Leistungserfüllung wahrnehmen können. Eine trägerunabhängige Pflegeberatung wurde in NRW bereits mit großem Erfolg eingeführt. Hier wollen wir zukünftig eine bedarfsorientierte Pflegeberatung weiter entwickeln. Qualitätssicherung von Anfang an ist unser Ziel für die geplanten Agenturen für Demenzerkrankte. Das Modellprojekt „Wohnen im Alter„ hat in den letzten 10 Jahren bewiesen, dass mit

Wohnungsanpassungsmaßnahmen die Wünsche älterer Mitbürger, in ihrer vertrauten Umgebung zu bleiben, erfüllt werden können. Daneben gibt es erhebliche Kostenvorteile insbesondere für die Kommunen und die Pflegekassen, da mit erfolgreicher Wohnungsanpassung stationärer Pflegebedarf vermieden oder hinausgezögert und ambulanter Pflegebedarf ebenfalls vermieden oder verringert werden kann. Die NRWSPD setzt sich dafür ein, die hoch effektiven und effizienten Beratungsangebote auch mit Landesmitteln zu unterstützen. Angesichts der Finanzlage der öffentlichen Kassen ist es jedoch legitim, diejenigen verstärkt zur Finanzierung der Beratungsangebote heranzuziehen, die finanziell von der Beratung profitieren. Daher soll der Finanzierungsanteil der Pflegekassen erhöht werden, indem die Beratungskosten in den Leistungshaushalt aufgenommen werden.

3.4 Europa verbraucherfreundlich gestalten

Verbraucherschutz hat die Grenzen des Nationalstaates längst hinter sich gelassen und ist zu einem erheblichen Teil europäisch beeinflusstes Handlungsfeld geworden. Die europäische Rechtsordnung räumt dem Verbraucherschutz einen hohen Stellenwert ein. Verbraucherinteressen müssen nach dem politischen Konzept der EU von Anfang an konsequent und systematisch in allen relevanten Politikbereichen berücksichtigt werden. Diese Zielsetzungen müssen konsequent im europäischen Alltag umgesetzt werden.

Die Handlungsfelder reichen dabei von der Lebensmittelsicherheit bis zur Wettbewerbsordnung. Die geplante Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens ist beispielsweise ein geeignetes Mittel Verbraucher von den Vorteilen des europäischen Marktes profitieren zu lassen. Es sollte jedoch an den Prinzipien der Mindestharmonisierung und des Wohnortrechtes des Verbrauchers festgehalten werden, um einen Abbau bestehender Verbraucherrechte zu verhindern. Wesentliche Zukunftsaufgaben sind z.B. die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Verbraucherschutz und die Entwicklung gemeinsamer Informationsgrundlagen, damit Verbraucher die grenzüberschreitenden Potentiale des Binnenmarktes auch real wahrnehmen können sowie das Angehen aktueller Aufgabenfelder etwa bei der Initiierung einer Konkursversicherung z.B. für Lebensversicherungen, die Schaffung von Fahrgastrechten sowie die Entwicklung eines gesundheitlichen Verbraucherschutzes für die Bürger Europas.

3.5 Verbraucherbildung

Die immer komplexer werdende Wirtschaftsordnung stellt wachsende Anforderungen an den Einzelnen. Die sich aus der Globalisierung der Märkte, dem Zusammenwachsen der Technologien oder der Privatisierung bisher öffentlicher Aufgaben ergebenden Potenziale können nur ausgeschöpft werden, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher die diesen Entwicklungen innewohnenden Chancen erkennen und nutzen. Daneben gilt es aber auch weiterhin, klassische „Tugenden“ (Umgang mit Geld, Werbung und anderen Anbieterstrategien) zu lernen. Denn falsches Konsumverhalten zieht nicht nur individuelle, sondern auch gesellschaftliche Konsequenzen nach sich. Fehlernährung zum Beispiel erfordert immer höhere

Aufwendungen der Krankenkassen oder belastet durch notwendige Aufklärungskampagnen zum Gegensteuern auch die öffentlichen Haushalte. Unüberlegte Geldausgaben können Privathaushalte nicht nur aktuell in finanzielle Schwierigkeiten bringen, sondern sich auch in den Ausgaben der Sozialhaushalte niederschlagen.

In der Bildungspolitik müssen die Voraussetzungen für eine stärkere Implementierung von Verbraucherbildung in die Angebote Bildungseinrichtungen geschaffen werden.

Dies gilt für alle Bildungsinstanzen von Kindergärten über Schulen bis hin zu Einrichtungen der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Es müssen Bildungsstandards formuliert werden, die nicht nur Ziele und Inhalte der Verbraucherbildung, sondern auch einen höheren Grad an Verbindlichkeit für die Unterrichtenden festlegen.

4. Bürgernähe sichern

Verbraucherinnen und Verbraucher suchen Information. Sie suchen Rat bei wichtigen Konsumententscheidungen. Sie suchen Unterstützung, wenn sie hereingefallen sind, sich beschweren wollen oder Hilfe benötigen. Sie suchen den kurzen Draht – etwa zu staatlichen Ämtern oder zur Verbraucherzentrale.

4.1 Moderne Behörden

Ämter und Behörden, die mit Verbraucherfragen befasst sind – z.B. Lebensmittelüberwachung oder Gewerbeaufsicht -, sollen kundenfreundlich und gut erreichbar sein. Sie sollen zügig helfen und unterstützen. Und sie sollen, wo nötig, die Bevölkerung aktiv informieren und aufklären – etwa bei Lebensmittelskandalen.

Sozialdemokraten setzen sich für bürgernahe und unbürokratische Verwaltung ein – auch beim Verbraucherschutz.

4.2 Anlaufstellen für Bürgerinnen und Bürger

Die Verbraucherzentrale leistet in ganz NRW eine anerkannte und wichtige Arbeit. Landesregierung und Kommunen finanzieren ein Beratungsstellennetz, das bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sehr gut verankert ist. Neue Märkte und existentiell wichtige Konsumententscheidungen – etwa in der Altersvorsorge – führen auch in Zukunft zu einem großen Bedarf an Information und persönlicher Verbraucherberatung.

Sozialdemokraten stehen dafür ein, das Netz an bürgernahen Anlaufstellen für die Verbraucherinnen und Verbraucher flächendeckend zu sichern.

4.3 Gesellschaftliches Engagement

Zahlreiche Verbände und Organisationen unterstützen Verbraucherinnen und Verbraucher in Einzelfragen oder durch die Trägerschaft in der Verbraucherzentrale NRW. Bürgerinnen und Bürger setzen sich aktiv für Verbraucherfragen und -interessen ein, etwa in Initiativen für Fairen Handel oder für einen nachhaltigen Konsum. Sozialdemokraten unterstützen dieses Engagement von Menschen für einen zukunftsfähigen Konsum.